

VersicherungsJournal.at

Nachricht vom 20.12.2011

Blecha auf Konfrontationskurs mit Maklern

Harsche Töne in Richtung Versicherungswirtschaft ist man von Karl Blecha gewöhnt. In einer aktuellen Aussendung attackiert er jedoch ungewöhnlich scharf explizit Versicherungsmakler. Zuletzt hatten sich aus der Branche heraus Vereine gebildet und zu Wort gemeldet – so wollen die „Pensionsbeitragszahler“ die Konsumenten informieren und sparen ihrerseits nicht mit Kritik an der staatlichen Pensionsversicherung und an Seniorenvertretern. Der neue „Interessensverband zum Schutz in Geldangelegenheiten“ wiederum will Kunden bei Problemen mit dem Produktanbieter unterstützen. Die Wiener Städtische meldet indes rege Nachfrage nach der Zukunftsvorsorge. Diese sei gerade für junge Menschen und solche mit kleinen und mittleren Einkommen sowie „ein sehr attraktives Instrument“.

So ganz will sich der Weihnachtsfriede offenbar noch nicht einstellen. Zumindest nicht, wenn es um die Diskussion rund um die private Altersvorsorge geht. „Da spielen sich selbsternannte Pensionsexperten und getarnte Versicherungsleute auf und reden unser Pensionssystem schlecht“, poltert Karl Blecha, Präsident des Pensionistenverbandes Österreich (<http://www.pvoe.at/>).

Zum Anlass für seine Unmutsäußerung nahm der Seniorenvertreter die Schuldenbremse. Es könne nicht sein, dass Kürzungsmaßnahmen bei den Pensionen „immer an erster Stelle gereiht“ würden. Die Kritik verknüpft Blecha diesmal konkret mit Versicherungsmaklern.

„Versicherungsmakler, die sich als die Interessensvertreter tarnen“

„Es muss einmal gesagt werden: diesen Versicherungsmaklern, die sich nun als die Interessensvertreter tarnen, geht es in erster Linie um den Verkauf ihrer unlukrativen Privatpensions-Polizzen. Dazu machen sie das staatliche Umlage-Pensionssystem mies, obwohl dieses ungleich sicherer und besser als die ‚Grasser-Renten‘ ist“, so Blecha am Montag.

Viele Privatpensions-Polizzen der Versicherungen brächten „überhaupt keinen Nettoertrag, die meisten weniger als ein ganz gewöhnliches Sparbuch“, obwohl sie mit staatlichen Prämien subventioniert würden.

„Dass für die Gruselkampagne gegen die gesetzliche Pensionsversicherung eine staatliche Prämie verwendet wird, ist absurd. Der Aufwand für die Förderung dieser verunglückten privaten Zukunftsvorsorge beträgt jährlich 100 Millionen Euro. Schluss damit! Kein Sparpaket ohne Streichung der Prämien für Grasser-Renten“, fordert Blecha.

Worresch: „Politik lullt uns ein“

Am selben Tag der Blecha'schen Attacke hatte der im Sommer 2010 gegründete Verein „Die Pensionsbeitragszahler Österreichs“ (<http://www.diepensionsbeitragszahler.at/>) (VersicherungsJournal 11.8.2010 (<http://www.versicherungsjournal.at/markt-und-politik/pensionsbeitragszahler-formieren-sich-7104.php>)) zu einem Empfang in Wien geladen und sparte dabei seinerseits nicht mit Kritik an den Seniorenvertretern Blecha und Seniorenbund-Chef Andreas Khol.

Vereinsobmann Walter Worresch – er selbst ist Vermögensberater mit Berechtigung zur Vermittlung von Lebens- und Unfallversicherungen – sprach von der Unfinanzierbarkeit des staatlichen Pensionssystems, die massive Eingriffe erfordere.

Eingriffe auch in bestehende Pensionen gefordert

Diese Eingriffe müssten auch bestehende Pensionen ab einer gewissen Höhe erfassen. Es gehe nicht an, dass dies unter Hinweis auf wohlerworbene Rechte unterbleibe. „Was ist mit den wohlerworbenen Rechten der Beitragszahler?“, so Worreschs Gegenfrage. Er führte Verschlechterungen zu Lasten der Beitragszahler

ins Treffen. Letztere hätten bereits Beiträge gezahlt „auf Grund von Normen, die heute gar nicht mehr gültig sind“.

Der Politik warf Worresch Untätigkeit vor. Hätte man in den 80er- und 90er-Jahren Reformen in Angriff genommen, „hätten wir noch sanft bremsen können“. Heute könne man sich auf das staatliche Pensionssystem nicht mehr als Lebensstandard-Sicherung verlassen, private Eigenvorsorge sollte deshalb eine Selbstverständlichkeit sein.

Unterstützung für Kunden

Erst vor wenigen Tagen hatte ein weiterer Verein aus der Branche seine Gründung bekanntgegeben: Der Interessensverband zum Schutz in Geldangelegenheiten (<http://www.oeisg.at/>) (ÖISG) will Anleger oder Kreditnehmer bei Problemen mit dem Produktanbieter unterstützen (VersicherungsJournal 19.12.2011 (<http://www.versicherungsjournal.at/unternehmen-und-personen/neuer-schutzverband-fuer-anleger-und-kreditnehmer-10053.php>)).

Präsident des gemeinnützigen Vereins ist Johann Massenbauer, Ehrenvorstand der Fachakademie für Finanzdienstleister. Generalsekretär ist Michael Holzer, seines Zeichens der bmann der Fachgruppe der niederösterreichischen Finanzdienstleister (http://portal.wko.at/wk/startseite_dst.wk?dstid=1162).

Städtische: 240.000ste Zukunftsvorsorge-Polizze

Unterdessen berichtete die Wiener Städtische Versicherung AG Vienna Insurance Group (<http://www.wienerstaedtiche.at/>) am Montag von guten Geschäftserfahrungen mit der von Blecha als „Grasser-Rente“ bezeichneten Zukunftsvorsorge.

Das Bedürfnis der Kunden nach „soliden, konservativ veranlagten Vorsorgeprodukten“ steige wieder deutlich an, heißt es bei der Städtischen. Insbesondere in der klassischen Lebensversicherung und der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge sei dies spürbar.

Ende vergangener Woche begrüßte Generaldirektor Mag. Robert Lasshofer im Wiener Ringturm den 240.000sten „Prämienpensions“-Kunden. Die Städtische bietet unter dem Titel „Prämienpension“ seit 2003 ein Zukunftsvorsorge-Produkt an. Ende November 2011 registrierte sie insgesamt 242.000 abgeschlossene Prämienpensions-Verträge und eine Prämiensteigerung von 3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

„Zusatzrente, die in der Zukunft viele Wünsche erfüllt“

Lasshofer lobte anlässlich des Empfangs die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge als „ein sicheres, auf Langfristigkeit ausgelegtes Vorsorgeprodukt“. Die Prämienpension sei „ein ausgewogener Mix aus Sicherheit und Renditechancen“, der sicherstelle, „dass die Zusatzrente in der Zukunft viele Wünsche erfüllt“.

„Mehr als 50 Prozent der Neuabschlüsse in der Prämienpension werden im Alter von unter 30 Jahren getätigt, im Schnitt werden von den Kunden monatlich 70 Euro beiseite gelegt“, berichtet die Städtische. „Das zeigt, dass die staatlich geförderte Zukunftsvorsorge gerade für junge Menschen und für Menschen, die über kleine und mittlere Einkommen verfügen, ein sehr attraktives Instrument ist.“

Emanuel Lampert (e.lampert@versicherungsjournal.at)

Das VersicherungsJournal ist urheberrechtlich geschützt. Das bedeutet für Sie als Leserin bzw. Leser: Die Inhalte sind ausschließlich zur Ihrer persönlichen Information bestimmt. Für den kommerziellen Gebrauch müssen Sie bitte unsere ausdrückliche Genehmigung einholen. Unzulässig ist es, Inhalte ohne unsere Zustimmung gewerbsmäßig zu nutzen, zu verändern und zu veröffentlichen.

Kurz-URL: <http://vjournal.at/t/-10062>